

oder Verbände wie die Sorooptimistinnen oder ZONTA, welche Projekte sie in den letzten 100 Jahren initiiert haben, um z.B. die auf dem Straßenstrich anschaffenden Sexarbeiterinnen zu unterstützen – seit 100 Jahren sind Frauen hier aktiv, um ihren „Schwestern“ am unteren Ende der sozialen Skala Unterstützung und Schutz anzubieten. Mit Respekt und auf Augenhöhe und ohne moralische Besserwisserei. Das ist beeindruckend und ehe wir so tun, als gäbe es das nicht, sollten wir hinhören und unsere Solidarität neu denken.

Welches Netzwerk eignet sich also?

Vielleicht fragen Sie sich jetzt, was ich Ihnen also heute rate. Welches Netzwerk kann es denn heute für Sie sein? Meine Antwort: Nehmen Sie das, was zu Ihnen passt. Seien Sie neugierig und schauen Sie sich um, welche Frau oder welcher Frauenverband zu welchem Thema was zu sagen hat. Lassen Sie sich überraschen, von der Vielfalt der Netzwerke und der Themen.

Seien Sie empathisch und überlegen Sie, ob es in Ihrem Netzwerk darum geht, Eigeninteressen zu verfolgen oder Zugang zu finden. Zu Menschen und Frauen mit Migrations- und Diskriminierungserfahrung. Überlegen Sie, welches Netzwerk ein Versprechen auf die Zukunft abgibt. Welches Netzwerk sich für Frauen und Mädchen – oder ja: auch für Jungen – engagiert. Welches Netzwerk einen Beitrag leistet, dass die Welt, die wir von den nächsten Generationen nur geliehen haben, eine bessere wird.

Vielleicht finden Sie ein Netzwerk, dass die eigene Karriere mit einem sinnvollen Tun verbindet. Das wäre wunderbar und

das wünsche ich Ihnen. Seien Sie feministisch, seien Sie anti-rassistisch! Haben Sie den Mut, sich auf der soliden Grundlage Ihrer guten Ausbildung und Ihrer Karrierechancen für mehr als sich selbst zu engagieren. Bevor Sie Gendersprache ablehnen, fragen Sie nach, warum sie entstanden ist. Warum provokante Gedanken manchmal große Bewegungen auslösen.

Bringen Sie sich ein und lassen Sie die Welt wissen, dass jetzt die Zeit gekommen ist, die Welt zu einer gleichberechtigten Welt zu machen. Zu einer Welt, in der nicht Einzelinteressen gehuldigt wird, sondern in der wir die Errungenschaften der freiheitlichen Gesellschaftsordnung mit den Anforderungen der Zukunft versöhnen. Wie wir Gleichstellung in Wirtschaft, Bildung und Beruf erreichen, auch wenn es uns heute nicht den besseren Job, aber morgen bessere Jobs für mehr Frauen bringt.

Diskutieren Sie mit: Insbesondere im Deutschen Juristinnenbund möchten wir Ihre Stimme hören, wie es mit dem § 219 a StGB weitergeht. Ob uns die Parité-Gesetze weiterbringen bei der paritätischen Besetzung unserer Parlamente. Ob Gehsteigbelästigung und Upskirting Kavaliersdelikte sind oder strafbar. Welche frauenpolitischen Forderungen wir bei der rechtlichen Gestaltung der Digitalisierung stellen müssen.

Ich lade Sie ein: Machen Sie mit! Seien Sie eine tolle und selbstbewusste Netzwerkerin und lassen Sie alle in Ihrem beruflichen und privaten Umfeld wissen, dass es um viel geht. Um mehr als bisher. Nicht nur um die eigene Karriere. Sondern um Fortschritt. Um neue Chancen in eingefahrenen Strukturen. Um das Zuhören und das Gestalten, mit denen zusammen, die bisher nicht gehört wurden. Für eine bessere Welt.

DOI: 10.5771/1866-377X-2021-4-184

Aktuelle Pressemitteilungen und Stellungnahmen

Pressemitteilungen

- 21-36 Weiterentwicklung der Düsseldorfer Tabelle unter Berücksichtigung der Armutsrisiken Alleinerziehender
- 21-35 Aus der Krise lernen: Wo wollen wir 2025 stehen? Abschlussveranstaltung der djb-Kampagne „Gleichstellung & Demokratie“
- 21-34 Koalitionsverhandlungen: Bestehende Vielfalt von Umgangsmodellen erhalten! Offener Brief vom 11. November 2021 an die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP
- 21-33 Erste digitale Mitgliederversammlung des Juristinnenbundes: Prof. Dr. Maria Wersig in ihrem Amt als Präsidentin bestätigt
- 21-32 Auftakt der Sondierungen: Chance für mehr Geschlechtergerechtigkeit jetzt nutzen!
- 21-31 125. Geburtstag von Elisabeth Selbert, Mutter der Verfassung und djb-Pionierin
- 21-30 Nach dem neunten Staatenbericht zur UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) – Juristinnenbund sieht signifikante Umsetzungslücken

- 21-29 Ehrenmitglied des djb Dr. Melitta Büchner-Schöpf ist verstorben
- 21-28 Lunch Talk mit Susanne Baer, Christina Clemm und Asha Hedayati zum Thema Rechtsaktionismus und Rechtsstaat auf dem 44. djb-Bundeskongress
- 21-27 44. djb-Bundeskongress „Gleichstellung & Demokratie“ – den Frauen die Hälfte der Macht!
- 21-26 Gleichstellung & Demokratie – 44. djb-Bundeskongress online eröffnet
- 21-25 Policy Paper und Veranstaltung „Das Netz als antifeministische Radikalisierungsmaschine“ am 9. September 2021, 19.30 Uhr
- 21-24 Dr. Dana Valentiner: Preisträgerin Marie-Elisabeth-Lüders-Preis 2021
- 21-23 Der djb auf Instagram
- 21-22 Deutscher Juristinnenbund e.V. unterstützt den Appell: „Gemeinwohl stärken – Lobbytransparenz schaffen“
- 21-21 Mehr (Renten-)Gerechtigkeit für Ehepartner*innen im Fall der Scheidung

21-20	Freiwilligkeit bringt nichts: Juristinnenbund konzipiert Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft				rung der Frau (CEDAW) vom 9. März 2020 (CEDAW/C/DEU/QPR/9)
21-19	Geschlechtergerechtigkeit auf die politische Agenda! djb veröffentlicht umfassenden Forderungskatalog zur Bundestagswahl 2021	21-19			Contribution: to the UN Human Rights Committee on the information provided in the Seventh periodic report submitted by Germany (CCPR/C/DEU/7, 23 April 2020)
21-18	Schwangerschaftskonfliktberatung: Ungehinderten Zugang rechtlich absichern.	21-18			Policy Paper: Das Netz als antifeministische Radikalisierungsmaschine – Policy Paper zur Bedeutung von Frauenhass als Element extremistischer Strömungen und der radikalisierenden Wirkung des Internets
21-17	Anhörung im Bundestag zu Cyberstalking: djb-Sachverständige fordert Nachbesserungen des Gesetzentwurfs				Statement: Machtübernahme der Taliban in Afghanistan – eine menschenrechtliche und humanitäre Katastrophe
21-16	Pressemitteilung: 21-16	21-17			Gemeinwohl stärken – Lobbytransparenz schaffen
21-15	Juristinnenbund veröffentlicht Policy Paper zu ‚Catcalling‘	21-16			Frauenpolitische Forderungen zur Bundestagswahl 2021
21-14	Bundesstiftung Gleichstellung – Männerquote?	21-15			zum Entwurf einer EU-Verordnung „zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung bestimmter Rechtsakte der Union“ vom 21. April 2021
21-13	djb zum Gesetzentwurf zur Fortentwicklung der Strafprozessordnung	21-14			zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frau-en und Jugend am 7. Juni 2021 zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Zehn Tage Elternschutz zusätzlich einführen“ (Drs. 19/26979)
21-12	djb zum Gesetzentwurf der Bundesstiftung Gleichstellung: Unabhängigkeit stärken, Zivilgesellschaft besser einbeziehen	21-13			Stellungnahme zu dringendem gesetzgeberischen Handlungsbedarf zur Bekämpfung von Gewalt gegen Mädchen und Frauen
21-11	Bunderichter*innenwahl 2021: Es bleibt bei erschreckend kleinen Schritten in Richtung Gleichberechtigung!	21-12			Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – effektivere Bekämpfung von Nachstellungen und bessere Erfassung des Cyberstalkings (BT Drucksache 19/28679)
21-10	Stellungnahme des Bündnisses Istanbul-Konvention (BIK) zum Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention	21-11			11 Irrtümer über Parität
21-09	Anhörung des Digitalausschusses im Bundestag: djb fordert entschiedene Maßnahmen gegen digitale Gewalt	21-10			Policy Paper: „Catcalling“ – Rechtliche Regulierung verbaler sexueller Belästigung und anderer nicht körperlicher Formen von aufgedrängter Sexualität
21-08	Same procedure as every year – djb kritisiert fehlende Parität der Vorschlagslisten für die Bundesrichter*innenwahlen am 25. März 2021	21-09			Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Fortentwicklung der Strafprozessordnung und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 17. März 2021
21-07	Bündnis Istanbul-Konvention: Bericht zu Gewalt gegen Frauen nimmt Bundesregierung in die Pflicht	21-08			Stellungnahme zum Gesetzentwurf von CDU/CSU und SPD zur Errichtung einer Bundesstiftung Gleichstellung (BT-Drs. 19/27839)
Stellungnahmen / Papiere		21-07			
21-22	Stellungnahme: zum Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (durch Kabinettsbeschluss vom 30. August 2021 gebilligter und festgestellter Gesetzentwurf, Drs. 20/6334)	21-22			
21-21	Offener Brief: Koalitionsverhandlungen: Bestehende Vielfalt von Umgangsmodellen erhalten!	21-21			
21-20	Stellungnahme: zu dem neunten Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung	21-20			